

Sichere und lebendige Stadtquartiere sind kein Gegensatz!

Investitionen in Prävention tragen dazu bei



Dr. Holger Floeting
Foto: David Ausserhofer

Sicherheit ist ein Teil der Lebensqualität von Städten und damit auch ein wichtiger Bestandteil der Stadtentwicklung. Ob als Maßstab der Qualität des „Lebensraumes Stadt“, als Standortfaktor bei der Ansiedlung von Unternehmen oder als Kriterium für die touristische Attraktivität von Städten: Sicherheit spielt immer eine Rolle. Stadtgestaltung und soziale Stadtentwicklung können die Sicherheit und die subjektive Wahrnehmung von Sicherheit beeinflussen (Schubert 2005). Dabei sind Sicherheit und Ordnung in der Stadt und der oft fließende Übergang zwischen beidem kontrovers diskutierte Themen.

Gefährdungen der Ordnung und Sicherheit in Städten werden oft im Zusammenhang mit schwierigen sozialen und ökonomischen Entwicklungen der Quartiere wahrgenommen, ohne dass man daraus einfache kausale Zusammenhänge ableiten könnte. Dennoch besteht die Gefahr der Stigmatisierung von Stadtteilen, die basierend auf den entsprechenden Problemdarstellungen beispielsweise als förderungswürdig angesehen werden. Die unterschiedlichen aus sozialen und ökonomischen Herausforderungen resultierenden Problemstellungen werden häufig unter dem Begriff „überforderte Nachbarschaften“ zusammengefasst. Dieser Begriff verweist einerseits zu Recht darauf, dass mit bestimmten sozialen wie ökonomischen Problemen auf Quartiersebene nur umgegangen werden kann, wenn die strukturellen Voraussetzungen dafür bestehen: Bestimmte Probleme überfordern die Nachbarschaft. Andererseits kann der Begriff auch mit einer Stigmatisierung bestimmter Nachbarschaften verbunden sein: Bestimmte Nachbarschaften sind überfordert.

Das Dilemma zwischen der Notwendigkeit, Förderung zu begründen und langfristig damit unter Umständen Stigmatisierung zu betreiben, ist in der Kommunalpraxis bekannt. In den Worten eines Stadtplaners, den wir im Rahmen eines Projekts zur Sicherheit im Stadtquartier interviewt haben, zeigt sich dieses Dilemma deutlich: „Zum Beispiel ‚sozialer Brennpunkt‘: Was bringt es, wenn ich sage, der Ort ist ein sozialer Brennpunkt. [...] Ich glaube, da macht man manchmal mehr kaputt, gerade wenn es in der Zeitung steht. Es ist etwas anderes, wenn man Förder-

konzepte beantragt. Da muss man die Sprachregelungen entsprechend ändern.“

Auflösen kann man das beschriebene Dilemma aber nicht allein durch veränderte Wortwahl. Dies funktioniert nur, wenn man anerkennt, dass die Idee von der befristeten Förderung von Quartieren, die damit den „Aufstieg“ schaffen und nicht mehr der Förderung bedürfen, für einige Quartiere zutrifft – für andere aber nicht. In der stadtentwicklungspolitischen Diskussion befinden wir uns derzeit auf dem Weg zu einem Paradigmenwechsel: von der Idee des zeitlich begrenzt förderungsbedürftigen „benachteiligten Stadtteils“ über die Beobachtung, dass Stadtteile häufig die Funktion eines „Durchlauferhitzers“ übernehmen, in dem die Ankommenden oder Benachteiligten wechseln, viele Probleme des Quartiers aber erhalten bleiben – so der Mitarbeiter eines Stadtteilbüros – hin zum Modell eines „Stadtteils mit dauerhafter Integrationsfunktion für die Gesamtstadt“. Ist damit die sozial integrative Stadtentwicklung gescheitert – das Ziel verfehlt?

Sozialräumliche Modelle der Stadtentwicklung, zu denen auch quartiersorientierte integrierte Maßnahmen der Kriminalprävention zählen, sind immer zwischen dem Ziel der Schaffung räumlich konzentrierter Hilfsangebote und der Gefahr der Marginalisierung von Bewohnern und Stigmatisierung von Stadtteilen angesiedelt. Sie sind stets der Frage ausgesetzt, ob es dadurch gelingt, die Verantwortlichen zusammenzubringen, neue Ideen und Konzepte zum Umgang mit den Problemen zu entwickeln und umzusetzen – oder ob sie einer Mentalität Vorschub leisten, die andere Akteure aus ihrer Verantwortung entlässt, weil neue Gremien, Institutionen und Akteure die Aufgaben übernehmen.

Sozialräumliche Ansätze der Stadtentwicklung ebenso wie kriminalpräventive Maßnahmen auf Quartiersebene müssen als gesamtgesellschaftliche Daueraufgabe verstanden werden. Sie ergänzen einander und haben viele Überschneidungen. Maßnahmen der Kriminalprävention können in Ansätze der sozialen Stadtentwicklung integriert werden und werden dies zum Teil bereits, ohne eine grundsätzliche „Versicherheitlichung“

sozialräumlicher Aktivitäten zu forcieren. Dabei muss beispielsweise klar sein, dass nicht jeder Nutzungskonflikt eine Störung der Ordnung ist und nicht jede Störung eine Bedrohung der Sicherheit. Auch werden damit in der Regel nur im öffentlichen Raum wahrnehmbare Formen von Ordnungsstörungen oder Kriminalität angesprochen. Andere Formen von Kriminalität, die ggf. sogar größeren gesamtgesellschaftlichen Schaden anrichten, bleiben dagegen weitgehend unsichtbar.

Soziale Aufgaben können nicht mit Mitteln urbaner Sicherheit gelöst, müssen aber angegangen werden, wenn sie nicht langfristig auch zu Ordnungs- und Sicherheitsaufgaben werden sollen. Am Beispiel des Umgangs mit Jugendlichen im öffentlichen Raum lässt sich kritisch prüfen, ob dies gelingt: Schließlich sind sie eine Zielgruppe für sozialräumliche Intervention ebenso wie kriminalpräventive Maßnahmen. Zudem richtet sich – man denke an Jugendsozialarbeit – ein wichtiger Förderbereich sozialer Stadtentwicklung auf sie, und ihr Verhalten wird immer wieder zum Anlass für Diskussionen über Sicherheit im öffentlichen Raum genommen.

Sozialräumliche Maßnahmen der Stadtentwicklung und quartiersorientierte kriminalpräventive Arbeit sollen zugleich das Wegschauen der Öffentlichkeit, Verwaltung und Kommunalpolitik bei Problemen der Quartiersentwicklung erschweren. Die dadurch geweckte Aufmerksamkeit für Quartiersprobleme, die eigentlich Entscheidungen zugunsten von Maßnahmen im Sinne einer integrierten Stadtentwicklung fördern soll, birgt jedoch auch eine Gefahr: Sie kann zur Verfestigung skandalisierter Bilder der betroffenen Quartiere als langfristiges Image beitragen (Floeting 2013). Es ist daher wichtig, sich künftig noch intensiver den Fragen zu widmen, wie es gelingen kann, die nötige Aufmerksamkeit für die Probleme des Quartiers zu erzeugen, ohne zu stigmatisieren. Es gilt, dem Thema „Sicherheit im Quartier“ gerecht zu werden, ohne die Quartiersentwicklung zu „versicherheitlichen“, sozialräumliche Ansätze müssen verstetigt werden, ohne soziale Benachteiligung zu verfestigen.

In den letzten 25 Jahren hat sich eine breit aufgestellte institutionelle Landschaft der Kriminalprävention auf lokaler Ebene entwickelt, in der die Kommunen eine wesentliche Rolle spielen. Sicherheit im Stadtquartier ist zu einem wichtigen Thema geworden. Das aktuelle Gutachten des Deutschen Präventionstages zieht kritisch Bilanz und kommt – die Ergebnisse aktueller Studien zusammenfassend – zu dem Schluss, dass „die ‚Auf-

bruchstimmung‘ der 1990er-Jahre verfloren“ scheint, es weiterhin „an einem einheitlichen Präventionsbegriff [...] fehlt“ und es „nur sehr wenigen Gremien gelungen [ist], den Anspruch auf Bürgerbeteiligung zu verwirklichen und ‚normale‘ Bürger ohne ‚offizielles Amt‘ und Funktion [...] zu integrieren“ (Steffen. 2014).

Trotz des Erreichten bleibt also viel zu tun: Die Gremien müssen sich fragen, ob sie die richtigen Schwerpunkte gesetzt haben. Sie müssen ihre Arbeit verstetigen, auch wenn engagierte Mitglieder ausscheiden, hohe fachliche Kompetenz stärker mit Entscheidungskompetenz verbinden und stärker nicht nur auf aufbereitete Rückmeldungen und subjektive Eindrücke, sondern auch auf wissenschaftlich fundierte Evaluationen gestützt, ihre Arbeit weiterentwickeln (Frevel 2012). Und sie brauchen die Voraussetzungen dafür. Das genannte Gutachten des Präventionstages zitiert auch die Forderung von Irvin Waller, Präsident der `International Organization for Victims' Assistance und Professor für Kriminologie an der Universität Ottawa, fünf Prozent der Ausgaben, die wir für Strafverfolgung und Strafvollzug ausgeben, in effektive Kriminalprävention zu investieren und weitere zwei Prozent, um Polizei und Kommunen den Wandel hin zu einer integrierten lokalen Sicherheitspolitik zu ermöglichen: für Ausbildung, notwendige Daten und Datensysteme (Waller 2013: 27).

Wie immer kann man sich über die Zahlen streiten, aber der Grundgedanke müsste konsensfähig sein: Investitionen in die Sicherheit im Stadtquartier beginnen nicht mit der Strafverfolgung, sondern mit der Schaffung und Sicherstellung funktionierender Quartiersstrukturen, präventiver Arbeit und damit, Akteure in die Lage zu versetzen, integriert zu handeln.

Tipps zum Weiterlesen:

- Im Herbst erscheint in der Reihe „Edition Difu – Stadt Forschung Praxis“ der Band „Urbane Sicherheit: Rahmenbedingungen – Praxisbeispiele – Internationale Erfahrungen“, der aktuelle wissenschaftliche Erkenntnisse und praktische Erfahrungen zum Themenfeld „Urbane Sicherheit“ zusammenfasst (siehe Bestellschein).
- Holger Floeting (2013): „Es muss etwas passieren“ – (Un-)Sicherheit und Stadtentwicklung, in: forum kriminalprävention, 4/2013, S. 8-14. http://www.kriminalpraevention.de/images/stories/inhalt/forum/pdf/2013-04/04_2013_urbane_sicherheit_2.pdf.
- Bernhard Frevel (2012): Handlungsfelder lokaler Sicherheitspolitik. Netzwerke, Politikgestaltung und Perspektiven. Frankfurt.
- Herbert Schubert (Hrsg.), 2005: Sicherheit durch Stadtgestaltung. Städtebauliche und wohnungswirtschaftliche Kriminalprävention: Konzepte und Verfahren, Grundlagen und Anwendungen, Köln.
- Wiebke Steffen (2014): Kriminalprävention braucht Präventionspraxis, Präventionspolitik und Präventionswissenschaft. Gutachten für den 19. Deutschen Präventionstag. Heiligenberg (Baden)/München. <http://www.praeventionstag.de/html/GetDokumentation.cms?XID=1794>.
- Irvin Waller (2012): Balanced Investing in Proven Crime Prevention: A Crime Victim Right. From: Marc Coester and Erich Marks (Eds.): International Perspectives of Crime Prevention 5. Contributions from the 6th Annual International Forum 2012 within the German Congress on Crime Prevention Forum Verlag Godesberg GmbH 2013, p. 21-28. <http://www.praeventionstag.de/html/GetDokumentation.cms?XID=574>.

Foto: Sybille Wenke-Thiem